

Editorial

Das brüderliche, unverbrüchliche Bündnis mit Sowjetrußland war Herzensangelegenheit eines jeden Kommunisten. Seit der „Oktoberrevolution“ verehrte jeder Revolutionär die Sowjetunion als zweites Vaterland. Linientreue Legenden künden davon, wie es den von den Nazis geschundenen Kommunisten warm ums Herz geworden sei, wenn sie in Berlin an der Sowjetbotschaft vorbeizogen und von drinnen das Bildnis des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, später Molotow, Kraft spendete wie eine Mutter-Gottes-Ikone. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt hatten die Bilder ihre Wirkung verloren. Themen dieses Heftes sind die vielschichtigen Beziehungen zwischen den deutschen Kommunisten und ihrer übermächtigen Bruderpartei in Rußland, Thema ist aber auch das ambivalente Verhältnis zwischen den beiden Staaten, das sich bis in die Gegenwart fortsetzt – über Bruderküsse, Saunabesuche bis hin zur Schlittenfahrt des rot-grünen Bundeskanzlers mit dem lupenreinen Demokraten Putin. Alles „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, alles DSF.

„Der Sieg der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist sicher!“ rief Lenin auf dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale im März 1919 in Moskau. Die Welt sollte aufhorchen. Aufhorchen? Die deutsche Presse notierte das Ereignis am Rande. Die *Frankfurter Zeitung* brachte 27 Zeilen über den „Kommunistenkongreß“, das *Berliner Tageblatt* titelte „Kommunistische Feste im Moskauer Kreml“. Zumindest die Genossen von der *Rote Fahne* haben den Kongreß sicher lautstark gerühmt? Von wegen, wie Otto Wenzel in seinem Beitrag betont. Mit anderthalb Monaten Verspätung berichtete die Parteizeitung der KPD. Doch was heißt berichten. Die Redakteure druckten die Tagesordnung und verschwiegen die Konflikte. Das *Neue Deutschland* hat sich in dieser DSF-Tradition als guter Schüler erwiesen.

Karl Kautsky, einflußreicher Soziademokrat und Gegner Lenins, reiste kurz vor seinem 66. Geburtstag in das von Rußland unabhängig gewordene Georgien, um dort einen neuen sozialistischen Staat kennenzulernen, der keinen Hehl daraus machte, daß er von den russischen Bolschewiki nichts hielt. Kautsky schwärmte von den günstigen Bedingungen für freundschaftliche Beziehungen zwischen Bauernschaft und Proletariat, nannte Georgien eine „sozialdemokratische Bauernrepublik“. Sergey Kretinin berichtet von dieser kaukasischen Episode. Denn kaum war Kautsky abgereist, da zog die Rote Armee in Tiflis ein – und der georgische Sozialismus war vorbei.

Zur selben Zeit als im Kaukasus ein gemäßigter Sozialismus aufgebaut wurde, war die Kommunistische Partei Rußland noch nicht völlig gleichgeschaltet. Von einem „Leuchfeuer“ spricht Otto Wenzel in seinem zweiten Beitrag. Beifall sei beim 9. Parteitag im April 1920 aufgekommen, als Grigori Sinowjew ankündigte, daß innerhalb der Partei mehr Kritik zugelassen werde. Gruppen bildeten sich, die Fragen von Partei und Gesellschaft kontrovers diskutierten. Lenin forderte, daß Konflikte offen und vor dem „Richterstuhl der gesamten Partei“ ausgetragen werden sollten. Doch das Feuer des Pluralismus erlosch bald und auf dem Richterstuhl nahm Josef Stalin Platz. Sinowjew wurde nach Sibirien verbannt und 1936 erschossen.

Zwei Jahre später wurde Nikolai Bucharin erschossen. Zuvor arbeitete der frühere Chefideologe an der Entwicklung eines Geschichtslehrbuchs mit. Was sollen sowjetische Schulkinder, die den Kommunismus aufbauen würden, über das Zarenreich denken? War es ein Hort der Unterdrückung? Waren die Reformen Peters des Großen nicht auch in sowjetischer Lesart ein Fortschritt? Und wie verhielt es sich mit den russischen Er-

oberungen? Bis in die dreißiger Jahre hinein wurden diese Frage von der Partei beschwiegen. Oleg Grishaev bezeichnet dieses Phänomen in seinem Beitrag als „nationalen Nihilismus“. Stillschweigend wurden die alten Lehrbücher weiterbenutzt – bis 1934. Dann beschloß die Partei eine Neubewertung der Geschichte und ließ ein neues Lehrbuch entwickeln. Was nicht einfach war. Denn wie sollten die Historiker, viele von ihnen stramme Marxisten, dem Zarenreich positive Züge abringen?

„Heim ins Reich!“ hieß die Parole, mit der Hitler die „Volksdeutschen“ aus dem sowjetischen Einflußgebiet abzog. Die Aufteilung Osteuropas im Hitler-Stalin-Pakt hatte 1940 auch für die Deutschen in Bessarabien einschneidende Folgen, wie Ute Schmidt berichtet. Was für Stalin und Hitler nur einer ethnographischen Flurbereinigung auf der deutsch-sowjetischen Gemarkung gleichkam, war für die etwa hunderttausend Bessarabiendeutschen der Untergang ihrer Kultur. Sie waren fortan „Menschenmaterial“ für Heinrich Himmlers Pläne. Bei der Umsiedlung arbeiteten SS-Offiziere und sowjetische Funktionäre Hand in Hand – den Umsiedlern blieb keine echte Alternative. Folgerichtig ist diese staatlich organisierte Aktion als eine Vorform der Vertreibung zu bezeichnen.

Dem „Militärstädtchen Hohenschönhausen“ in Berlin widmet sich Peter Erler in seinem Beitrag. Dabei erinnert er auch an den zweiten starken Mann Moskaus in der SBZ, an den NKWD-Bevollmächtigten Iwan Serow. Der war als Chef der Inneren Truppen in der SBZ unter anderem verantwortlich für die Razzien, Massenverhaftungen seiner Spezialeinheiten und für die Bewachung sämtlicher „GPU-Keller“.

Als Freund der Sowjetunion galt in der DDR Eduard Winter, Lehrstuhlinhaber an der Humboldt-Universität, zuständig für die Völker der UdSSR. Man verlieh ihm den Nationalpreis und den Vaterländischen Verdienstorden. Niemand, außer einigen allwissenden Herrn des MfS und einem kleinen Kreis von erlauchten SED-Leuten kannte Winters antisowjetische Vorgeschichte. Wie viele andere spätere DSF-Mitläufer der DDR hatte er im Reich der braunen Sinne ein ganz anderes Lied auf Stalin gepfiffen als nach dem Jahre Null der neuen Zeitrechnung.

Steffen Alisch stellt in seinem Beitrag die wichtigsten Resultate des Gutachtens zur Geschichte des Cottbuser Zentralgefängnisses vor, das der Forschungsverbund SED-Staat im Auftrag des Brandenburger Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur zum Zeitabschnitt von 1933 bis 1989 erarbeitet hat, als NS- und SED-Diktatur hier nicht zuletzt viele ihrer politischen Gegner inhaftierten. Über jene, die an der Spitze der DDR-Unrechtsjustiz dafür sorgten, daß die Zellen der MfS-Haftanstalten nie leer wurden, gehörten die Schreibtischtäter von der Generalstaatsanwaltschaft der DDR. Wie diese vom Ministerium für Staatssicherheit gelenkten Vollstrecker der politischen Justiz um ihrer kleinstaatlichen DDR-Interessen willen die Aufarbeitung des NS-Unrechts behinderten, beschreibt der II. Teil unserer Reihe über die furchtbaren SED-Juristen.

Nach dem 17. Juni 1953 fürchtete die SED nicht nur das eigene Volk, weswegen sie den Repressionsapparat ausbaute. Sie schuf auch eine Kommission, die 1959 einen Einsatzplan erarbeitete, in dem auch eine „Vorbeugehaft für feindliche Elemente“ vorgesehen war. Als „feindliche Elemente“ galten dabei nicht nur Tausende DDR-Bürger, sondern auch Hunderte Diplomaten, die im Ernstfall in Lager gesperrt worden wären. Darüber berichtet Enrico Seewald. Otto Wenzel gibt Einblicke in die Kadernomenklatur der SED – von A wie Abteilungsleiter Agitation bis Z wie Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung. Rezensionen von A bis Z werden wie immer auch in dieser Jahrendausgabe geboten. Wir wünschen allen uns gewogenen Leserinnen und Lesern einen guten und gelungenen Jahresbeginn 2010 und allen anderen zumindest Erkenntnisgewinne und Wohlergehen.

i. A. Thomas Gerlach und Jochen Staadt